

160 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates X. GP.

25. 6. 1963

Regierungsvorlage

**Bundesgesetz vom 1963,
mit dem das Mutterschutzgesetz neuerlich
abgeändert wird.**

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I.

Das Mutterschutzgesetz, BGBl. Nr. 76/1957, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. Nr. 92/1959, BGBl. Nr. 240/1960, BGBl. Nr. 68/1961 und BGBl. Nr. 9/1962, wird abgeändert wie folgt:

§ 31 hat zu lauten:

„§ 31. Die Ansprüche auf Leistungen nach den Vorschriften des § 26 können rechtswirksam nur

zur Deckung von gesetzlichen Unterhaltsansprüchen gegen den Anspruchsberechtigten mit der Maßgabe übertragen, verpfändet oder gepfändet werden, daß § 6 des Lohnpfändungsgesetzes, BGBl. Nr. 51/1955, sinngemäß anzuwenden ist.“

Artikel II.

(1) Dieses Bundesgesetz tritt am 1. Oktober 1963 in Kraft.

(2) Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist das Bundesministerium für soziale Verwaltung betraut.

Erläuternde Bemerkungen

Der Verfassungsgerichtshof hat auf Antrag des Obersten Gerichtshofes gemäß Art. 140 B.-VG. die Bestimmung des § 98 Abs. 1 Z. 2 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes, nach der Ansprüche auf Geldleistungen nach diesem Gesetz zur Deckung von gesetzlichen Unterhaltsansprüchen rechtswirksam nur mit der Einschränkung übertragen, verpfändet oder gepfändet werden können, daß dem Verpflichteten die Hälfte der Bezüge frei bleiben muß, auf ihre Verfassungsmäßigkeit überprüft.

Der Verfassungsgerichtshof hat mit Erkenntnis vom 11. Oktober 1962, G 5/62/9, die Beschränkung, daß die Hälfte der Bezüge frei bleiben muß, als verfassungswidrig aufgehoben, da diese Regelung, wenn man sie der des § 6 des Lohnpfändungsgesetzes gegenüberstellt, dem Gleichheitsgebot widerspricht. Näheres hierüber ist aus den Erläuternden Bemerkungen des gleichzeitig eingebrachten Gesetzentwurfes, betreffend Abänderung des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes, des Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetzes und des Landwirtschaftlichen Zuschußrentenversicherungsgesetzes zu entnehmen.

Um dem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes Rechnung zu tragen, wird mit dem angeführten Gesetzentwurf § 98 Abs. 1 Z. 2 ASVG. in der Richtung abgeändert, daß Geldleistungen aus dem ASVG. zur Deckung von gesetzlichen Unterhaltsansprüchen nur mit der Maßgabe übertragen, verpfändet oder gepfändet werden können, daß § 6 des Lohnpfändungsgesetzes, BGBl. Nr. 51/1955, sinngemäß Anwendung findet.

Eine ähnliche Regelung wie die des § 98 Abs. 1 Z. 2 ASVG. findet sich im § 31 des Mutterschutzgesetzes.

Falls sich der Verfassungsgerichtshof mit der Gesetzmäßigkeit dieser Bestimmung zu befassen hätte, ist zu erwarten, daß er sie ebenfalls wegen Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes aufheben würde. Es empfiehlt sich daher, den § 31 des Mutterschutzgesetzes der neuen Formulierung des ASVG. anzupassen. Diesem Zweck dient der vorliegende Gesetzentwurf.

Aus der Durchführung dieser Gesetzesnovelle entsteht kein finanzieller Mehraufwand.